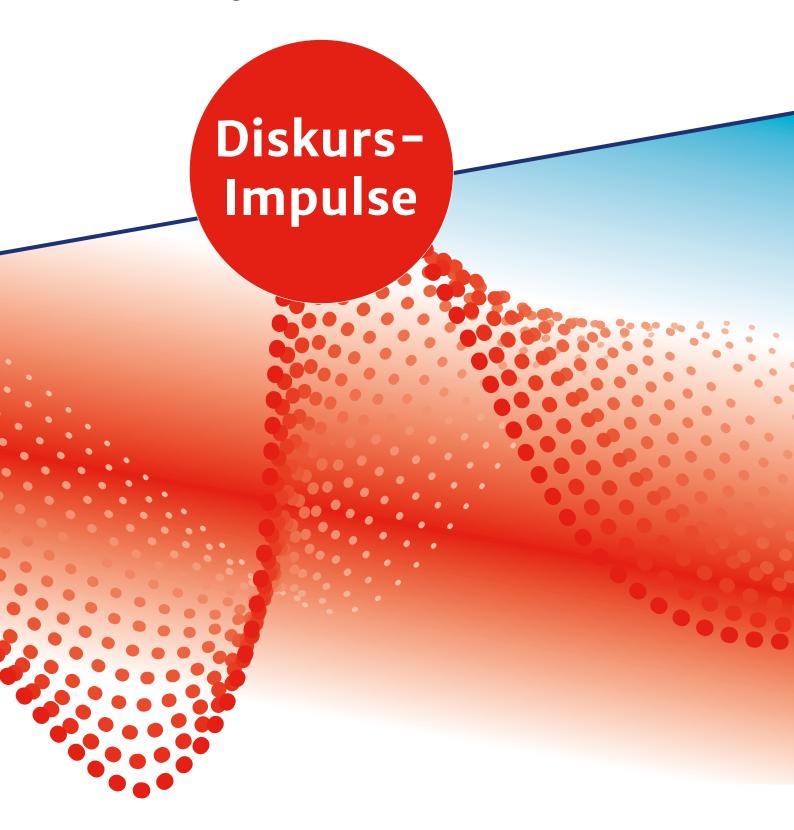


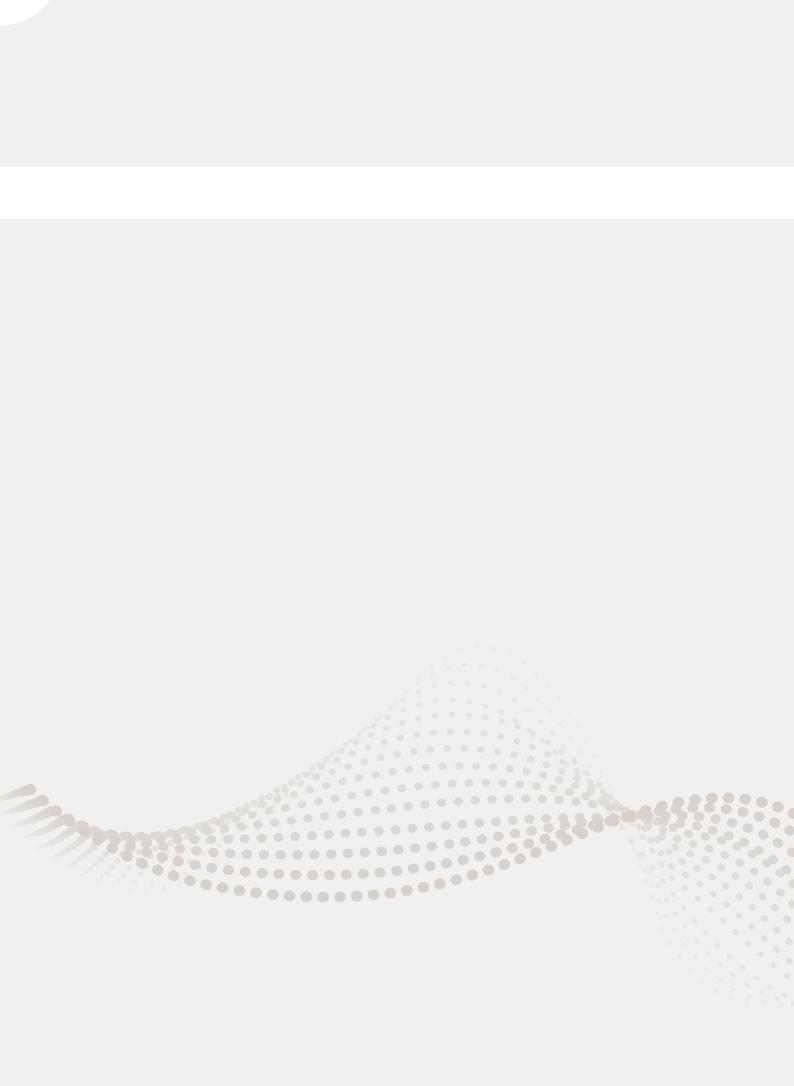
Außerschulische politische Jugendbildung in Kooperation mit Schule in Schleswig-Holstein





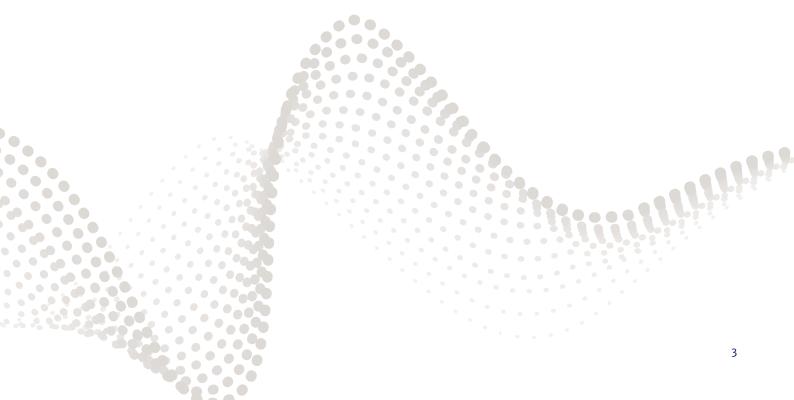






Inhalt

Grußwort	4
Einführung	6
Wer sind die Akteur:innen außerschulischer Bildungsangebote und was treibt sie an?	9
Unser Verständnis von politischer Bildung und Demokratiebildung	11
Der Beutelsbacher Konsens: Bildungsverständnis und Kontroversitätsdebatte	14
Thema Diversität: Wir, unsere Zielgruppen und unsere Angebote	18
Kooperationen von Schule und Zivilgesellschaft – eine Annäherung	21
Politische Bildung in einer herausgeforderten Gesellschaft	23
Schlussbemerkung	28
Anhang	29



Grußwort

Landesbeauftragter für politische Bildung Schleswig-Holstein, Dr. Christian Meyer-Heidemann



Liebe Engagierte der politischen Jugendbildung, liebe Leserinnen und Leser,

politische Jugendbildung befähigt junge Menschen, politische Zusammenhänge zu verstehen und sich selbstständig ein politisches Urteil zu bilden. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag dazu, dass Jugendliche sich im Sinne ihrer politischen Überzeugungen und Interessen engagieren und an der Gestaltung unseres Zusammenlebens teilhaben. Politische Jugendbildung belebt die politische Kultur und stärkt unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Nach über zwei Jahren Corona-Pandemie und angesichts des Krieges in der Ukraine müssen wir feststellen, dass diese freiheitlich-demokratische Grundordnung mit massiven Herausforderungen konfrontiert ist. In der öffentlichen Kommunikation werden antidemokratische Stimmen lauter und es werden zunehmend offen Ressentiments und menschenfeindliche Haltungen geäußert. Diese Entwicklungen zeigen, dass unsere freiheitliche Debattenkultur verwundbar ist und immer wieder aufs Neue errungen werden muss.

Politische Bildung ist somit notwendiger denn je. Auch wenn politische Jugendbildung bei Weitem nicht allein in der Schule stattfindet, so kommt ihr dort ein ganz besonderer Stellenwert zu: Am Lernort Schule findet sie verbind-



lich statt und es werden alle Schülerinnen und Schüler erreicht. Politische Bildung findet in der Schule auf mehreren Ebenen statt: in einem explizit ausgewiesenen Unterrichtsfach (Wirtschaft/Politik), als Querschnittsaufgabe aller Schulfächer, als allgemeines Bildungsprinzip der Schule sowie als Strukturprinzip einer demokratischen Schulentwicklung. Im Schulalltag der Schülerinnen und Schüler stehen die formalisierten Unterrichtsinhalte und die Vermittlung von Wissen im Vordergrund. Demokratie kann aber nicht allein theoretisch gelernt werden, sondern muss auch praktisch erfahren werden.

Vor allem hinsichtlich dieser praktischen Dimension stellen außerschulische Akteure der politischen Jugendbildung mit ihren zahlreichen Formaten eine wichtige Bereicherung für die Schulen dar. Die Angebote knüpfen an die Lebenswelt junger Menschen an, gehen häufig mit der Erfahrung von Selbstwirksamkeit einher und eröffnen mit kreativen, mediengestützten und digitalen Formaten vielfältige Möglichkeiten, die der übliche Unterrichtsalltag in der Schule so nicht bieten kann.

Auch der aktuelle Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, der 2020 unter dem Titel "Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter" erschienen ist, unterstreicht, dass die Potenziale politischer Bildung erst durch eine verstärkte Kooperation mit außerschulischen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit ausgeschöpft werden können. Vor allem die Ganztagsbildung bietet hier große Chancen für eine kooperativ durchgeführte politische Jugendbildung. Angebote der politischen Bildung sollten daher in Kooperation mit außerschulischen Trägern systematisch im Ganztagsangebot verankert werden.

Die vorliegenden "Diskurs-Impulse zur Politischen Jugendbildung" können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, über bislang ungenutzte Chancen zu diskutieren und die aufgezeigten Potenziale zu verwirklichen. Herzlichen Dank an Medi Kuhlemann, Anna Tötter und Heino Schomaker für die Initiative zu dieser Broschüre und für ihr Engagement.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich viele Anregungen für mögliche Kooperationen zur politischen Jugendbildung in der Schule.

Ihr Dr. Christian Meyer-Heidemann

C. Meye-Hidewan

Landesbeauftragter für politische Bildung Schleswig-Holstein

Einführung

Rahmenbedingungen und Spannungsfelder in der Kooperation von außerschulischen Bildungsträger:innen und Schule

Diese Diskurs-Impulse setzen sich mit Inhalten und Rahmenbedingungen politischer Bildung aus der Perspektive von außerschulischen Bildungsakteur:innen in Schleswig-Holstein auseinander. Sie sind in Kooperation zwischen der Fachstelle für Demokratiepädagogik bei der Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e. V., Arbeit und Leben Schleswig-Holstein e. V. und Zukunft Bildung Schleswig-Holstein e. V. entstanden.

Im Fokus steht dabei, die Bedeutung politischer Bildung zu stärken und gemeinsame Standpunkte und Einschätzungen von außerschulischen Bildungsträger:innen in diesem Arbeitsfeld zu markieren.

Die Broschüre basiert auf der Grundlage mehrerer Netzwerktreffen (2019-2021, → Anhang) außerschulischer, meist landesweiter Bildungsträger:innen in Schleswig-Holstein im Themenfeld Demokratie. Die Initiative dazu kam aus dem Kooperationsnetzwerk Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage. Ziel dieser Netzwerktreffen war, den Diskurs untereinander zu befördern und sich über Standpunkte, Praxiserfahrungen und gemeinsame Einschätzungen bezüglich der Bedarfe und Rahmenbedingungen auszutauschen.

Dabei ist deutlich geworden, wie vielfältig die Erfahrungen und Ziele, Inhalte und Methoden von außerschulischen Akteur:innen in der Bildungsarbeit sind. Sie reichen -beispielhaft genannt- von der Sichtweise der politischen Jugendbildung über Aspekte der Bildung für nachhaltige Entwicklung bis hin zu Perspektiven des präventiven Kinder- und Jugendschutzes.

Gleichzeitig wurden übereinstimmende Ansprüche und Qualitätskriterien als Grundlage für unsere Bildungsarbeit mit jungen Menschen sichtbar. Durch die trägerübergreifende Zusam-



menarbeit gelingt es, diese unterschiedlichen Sichtweisen miteinander zu verbinden und dadurch Blickwinkel auf das Thema zu erweitern.

Inhaltlich ging es bei den Netzwerktreffen um ein grundsätzliches Verständnis politischer Bildung, um die Auseinandersetzung mit "Neutralität" in Bildungskontexten und um den Anspruch an Diversitätsorientierung, verbunden mit der Frage, ob wir alle Kinder und Jugendlichen mit unseren Angeboten erreichen. Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen an die pädagogische Arbeit wurden aufgegriffen ebenso wie sozio-ökonomische Rahmenbedingungen und Förderprinzipien. Die zentralen Debatten finden sich in den folgenden Kapiteln wieder.

Die Darstellungen in dieser Broschüre spiegeln dabei die Sicht der drei organisierenden Träger:innen der Netzwerktreffen.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht mit dem Titel "Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter" sieht eine besondere Verantwortung von Politik, Fachpraxis und Gesellschaft für die politische Bildung junger Menschen - mit neuen, attraktiven Formen der Vermittlung demokratischer Werte und Praktiken. Er spricht dabei von einem Prozess der Bildung zur Mündigkeit, verstanden als die Orientierung junger Menschen an demokratischen Werten und die Entwicklung kritischer Urteilskraft. Schulen spielen hier eine große Rolle, da sie der Ort sind, an dem alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden und der einen großen Teil ihrer Lebenswelt ausmacht. Sie können Erfahrungs- und Lernräume schaffen, um diese Bildung zur Mündigkeit zu unterstützen und damit Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und damit auch in ihrer Resilienz-Fähigkeit zu stärken.

Bei der Aufgabe und Herausforderung, Demokratie im Kontext von Schule zu lernen und zu leben, kommt es zu einem Zusammentreffen von schulischen und außerschulischen Angeboten (→ zu verschiedenen Bildungsverständnissen Kapitel "Kooperationen von Schule und Zivilgesellschaft – eine Annäherung").

Spannungsfelder und Leitfragen, die sich daraus für uns ergeben:

- Welche Grundlagen und Elemente braucht eine gelingende Kooperation?
- Wie können unterschiedliche Perspektiven und Selbstverständnisse von Bildung gewinnbringend verbunden werden?
- Welches Selbstbild und welche Aufgaben haben außerschulische Akteur:innen in diesem Rahmen?
- Welche Vielfalt von Angeboten gibt es?
- Was bedeutet Öffnung von Schule für außerschulische Akteur:innen?

Die Diskurs-Impulse setzen sich mit ausgewählten, für die Praxis bedeutsamen, Schwerpunktthemen und darin liegenden Spannungsfeldern auseinander. Dies sind beispielsweise Fragen nach Qualitätsstandards, Zielgruppenerreichung, Inhalten von Bildungsangeboten, Unterschieden zwischen urbanen Zentren und ländlichen Regionen sowie nach der neuen Bedeutung digitaler Angebote, ihren Chancen und Risiken.

Zur Weiterentwicklung der außerschulischen politischen Jugendbildung und der Kooperation mit Schule braucht es die kritische Reflexion des pädagogischen Alltags sowie Zeit und Räume. Mit diesen Diskurs-Impulsen möchten wir alle Interessierten zu weiteren Gesprächen und Arbeitsprozessen einladen und damit auch Beiträge und Anknüpfungspunkte zu weiteren gelingenden Kooperationen leisten.

Wir möchten mit dieser Broschüre Debatten anstoßen und vertiefen, Chancen wie Herausforderungen benennen, Rahmenbedingungen reflektieren und auf dieser Grundlage mit Akteur:innen aus Schule, Politik und Wissenschaft stärker ins Gespräch kommen.

Auf diese Weise möchten wir die Praxis politischer Jugendbildung verändern und weiterentwickeln.

Quelle

BMFSFJ (Hrsg.) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht "Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter", https://www. bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16kinder-und-jugendbericht-162238 (Zugriff am 12.04.2022)





Auch in Schleswig-Holstein gestalten außerschulische Akteur:innen die schulische Bildung mit, bereichern sie mit ihren vielfältigen Erfahrungen und Zielen, Inhalten und Methoden. Wir sprechen von außerschulischen Bildungsangeboten, wenn sie von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen durchgeführt werden. Diese Angebote können sowohl innerhalb der Schule als auch an anderen Orten, die oft in einem engen Bezug zu den jeweiligen Themen stehen, stattfinden. Die inhaltliche Ausrichtung außerschulischer Bildungsangebote eröffnet eine breite Palette von Inhaltsfeldern – von sozialen und Umweltthemen über Gerechtigkeitsdiskurse und globale Migrations- und Fluchtbewegungen bis hin zu Demokratiebildung. Dabei gibt es durchgehend feste Bezüge zu dem gesellschaftlichen und politischen Engagement der Akteur:innen. Unabhängig von den Inhalten zielen die Angebote darauf, die Teilnehmenden als handelnde Subjekte zu adressieren und zu qualifizieren. Präventive Ansätze nehmen auch die sozialen und strukturellen Bedingungen des gesellschaftlichen Umfeldes und der Umwelt sowie deren Auswirkungen in den Blick. Dabei geht es um die Schaffung günstiger Rahmenund Umweltbedingungen, die Kinder und Jugendliche stärken.

Damit sind in vielen außerschulischen Themenangeboten häufig auch Elemente politischer Bildung zu finden oder bilden sogar den Schwerpunkt (→ Kapitel "Unser Verständnis von politischer Bildung und Demokratiebildung").

Mit den außerschulischen Akteur:innen kommen methodische Vielfalt und neue pädagogische Konzepte in die Schulen. Gerade in Zeiten, in denen der Ruf nach politischer Bildung in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen lauter wird, liefern außerschulische Akteur:innen einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des schulischen Bildungsauftrags, mündige Demokrat:innen zu erziehen. Dabei werden in

der praktischen Bildungsarbeit unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, z.B. im Hinblick auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen, die demokratische Begründung von Macht, Herrschaft und Kontrolle; auf Bedeutung und Arbeitsweisen von demokratischen Institutionen; auf Vermittlung von demokratischen Haltungen und Kompetenzen für eigenes Engagement.

Auch bei der Träger:innenstruktur zeigt sich ein buntes, vielschichtiges Feld: Neben Wohlfahrtsverbänden und staatlichen Institutionen sind u.a. Vereine, politische Initiativen und Verbände, gewerkschaftliche und kirchliche Träger:innen vertreten. Während bei einigen Träger:innen schulisches Engagement im Zentrum steht, macht dieses bei anderen Träger:innen nur einen kleinen Teil der – dann häufig auch ehrenamtlichen – Arbeit aus. Ebenso variiert der Stellenwert politischer Bildung und sind die Zugänge zur Profession sehr unterschiedlich. Der Austausch über einheitliche Qualitätsstandards steht noch am Anfang.

Für viele Träger:innen sind Angebote im schulischen Kontext überhaupt nur dann möglich, wenn sie mit finanziellen Förderoptionen verbunden sind, die eine qualitätsvolle und am eigenen Bildungsverständnis orientierte Arbeit ermöglichen.

Grundsätzlich bietet diese Träger:innenstruktur in Schleswig-Holstein eine gute Grundlage für eine inhaltlich breite Themenpalette, unterschiedliche Weltsichten, verschiedene Lernorte und vielfältige methodische Angebote. Um diese Potentiale auszuschöpfen ist es wichtig, die Sichtbarkeit der Angebote zu erhöhen. Auch von zentraler Bedeutung ist, dass für diese Arbeit eine umfassende und belastbare Förderstruktur zur Verfügung steht, um die langfristige Planbarkeit und Nachhaltigkeit zu ermöglichen.



Der 16. Kinder- und Jugendbericht sieht die Demokratie durch tiefgreifende gesellschaftliche Entwicklungen herausgefordert und das gleich in dreifacher Weise: Als Lebensform (im Sinne einer Kultur des sozialen Zusammenlebens), als Gesellschaftsform (im Sinne einer demokratischen Zivilgesellschaft und einer freien und vielfältigen Öffentlichkeit) sowie als Herrschaftsform (im Sinne eines Staats, dessen Funktionen und Aufgaben auf politischer Gleichheit und politischen Beteiligungs-

rechten der Bevölkerung basieren).

Zu den Gefährdungen gehören u. a. gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen, Rechtsextremismus und -populismus sowie religiös kontextualisierte Demokratiegefährdungen. Auch in den Blick genommen werden aktuell zunehmende gesellschaftliche Strömungen wie beispielsweise Verschwörungsglauben. All diese Erscheinungen sind für die repräsentative Demokratie samt ihren Institutionen eine ernst zu nehmende Herausforderung, weil sie deren Glaubwürdigkeit und Geltung infrage stellen.

Herausbildung einer demokratischen Haltung

Neben demokratischen Institutionen und Gesetzen braucht es aber auch eine Kultur der Demokratie mit Werten, Einstellungen und Handlungsfeldern in der Alltagswelt. Demokratie muss immer wieder aktiv praktiziert und vertreten werden, junge Menschen müssen für die Demokratie gewonnen und zur Demokratie befähigt werden. Dies setzt sowohl die Vermittlung von Fachwissen als auch das konkrete Erproben demokratischer Verfahren voraus. Selbstwirksamkeitserfahrungen, Verantwortungsübernahme und Mitsprachemöglichkeiten sind grundlegende Bestandteile dessen. Sie wirken gleichzeitig präventiv beispielsweise in

Form einer offenen und kritischen Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Rassismus und antidemokratischen Haltungen sowie allen Ideologien der Ungleichwertigkeit.

In Anlehnung an Balzter/Ristau/Schröder (2014) gehen wir von der folgenden grundlegenden Definition aus, die die gesamte Bandbreite der außerschulischen Bildungsangebote umfasst:

"Politische Jugendbildung ist die Unterstützung und Förderung von selbsttätigem Denken und Handeln mit dem Ziel, sich mit den Angelegen-heiten des demokratischen Gemeinwesens zu beschäftigen, sich selbst im Politischen zu verorten und auf diese Weise Zusammenhänge herzustellen. Gelingende politische Jugendbildung knüpft an den lebensweltlichen Erfahrungen der Subjekte an und bezieht die emotionalen Einflüsse auf Herausbildung von Meinungen und Haltungen grundsätzlich mit ein."

Junge Menschen werden dabei in die Lage versetzt, politische Sachverhalte, Kontroversen, historische Bezüge und demokratische Grundwerte und Institutionen in verschiedenen Kontexten zu verstehen, die Bedeutung dieser Erkenntnisse für sich zu bewerten und auf dieser Grundlage in konkretes Handeln in ihrer Alltagswelt umzusetzen. Es geht also um das Empowerment von Kindern und Jugendlichen zu mündigen Bürger:innen, die die Gesellschaft aktiv mitgestalten und verändern. Mündigkeit als Leitidee für Bildung zielt auf die Förderung einer selbstständigen Urteilsbildung der Lernenden durch die Auseinandersetzung mit vielfältigen Standpunkten und Perspektiven.

Politische Bildung kann hierbei nicht neutral sein, denn die Orientierung junger Menschen an demokratischen Werten und die Entwicklung kritischer Urteilskraft ist ihr vornehmstes Ziel (→ Kapitel "Der Beutelsbacher Konsens: Bildungsverständnis und Kontroversitätsdebatte").

Es geht um die Herausbildung einer Haltung, die unser Bewusstsein über die Bedeutung demokratischer Grundwerte, Gleichheit, Anerkennung von Pluralität und Achtung der Menschenwürde sowie den Schutz von Minderheiten in einer vielfältigen Gesellschaft zum Ausdruck bringt. Diese Grund- und Menschenrechtsorientierung¹ ist der Bezugsrahmen für das eigene Handeln und für bildnerische wie pädagogische Kontexte.

Merkmale außerschulischer politischer Bildung sind unter anderem eine Subjektorientierung und die konsequente Ausrichtung am Interesse der Jugendlichen sowie ein Lernsetting, das auf Freiwilligkeit und Freiräume setzt. Partizipation und Selbstwirksamkeit ermöglichen erst demokratisches Lernen und demokratische Erfahrungen. Für unser Verständnis von Bildung sind die oben aufgeführten Punkte zentral. Wir schließen uns der Diskussion im 16. Kinder- und Jugendbericht an, der mit Blick auf die Debatte hinsichtlich der Begrifflichkeiten "politische Bildung" und "demokratische Bildung" feststellt, dass eine klare Abgrenzung nicht zielführend ist, sondern politische Bildung immer auch demokratische Bildung ist.

Wir nutzen wegen einer einheitlichen Lesbarkeit in dieser Broschüre daher den Begriff politische Bildung und beziehen dabei die vorangegangenen Überlegungen mit ein. Eine in dieser Weise konturierte politische Bildung hat vielfache Bezüge zum Konzept Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). Das ist beabsichtigt und wird von uns gezielt intensiviert.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht fordert die Unterstützung und ein deutliches Bekenntnis der politisch Verantwortlichen zu einer an Demokratie und Menschenrechten orientierten politischen Bildung. Vgl. BMFSFJ (Hrsg.)(2020): 16. Kinder- und Jugendbericht "Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter", https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/ publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238 (Zugriff am 12.04.2022)

Quellen und weiterführende Literatur

Balzter, Nadine; Ristau, Yan; Schröder,
Achim (2014): Wie politische Bildung
wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen
Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung.
Schwalbach: Wochenschau Verlag.
BMFSFJ (Hrsg.) (2020): 16. Kinder- und
Jugendbericht "Förderung demokratischer
Bildung im Kindes- und Jugendalter"
https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/
publikationen/16-kinder-undjugendbericht-162238 (Zugriff am
12.04.2022)



Der Beutelsbacher Konsens: Bildungsverständnis und Kontroversitätsdebatte

Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre haben die Diskussion um die politische Bildung und ihre, im Beutelsbacher Konsens zusammengefassten, leitenden Prinzipien angeregt. Vor allem die Frage danach, wie kontrovers die politische Bildung sein darf und muss, prägte hierbei den Diskurs. Unter anderem die von der Alternative für Deutschland (AfD) ab 2018 in einigen Bundesländern initiierten Meldeplattformen "Neutrale Schulen" legten nahe, schulische und außerschulische Bildung würden "Neutralität" nicht hinreichend wahren. Dies führte zu Verunsicherungen bei Lehrkräften und außerschulischen Bildner:innen:

- Was darf ich sagen?
- In welchem Verhältnis stehen Kontroversität und geforderte "Neutralität"?
- Bedeutet Kontroversität, dass alle Meinung gleichberechtigt dargestellt werden müssen?
- · Was ist meine Rolle als Bildner:in?

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, das eigene Bildungsverständnis und die Kontroversitätsdebatte zu reflektieren.

Grenzen entlang der demokratischen Werte

Das Schleswig-Holsteinische Schulgesetz (SchulG vom 24.1.2007) legt als normative Grundlage in § 4 fest, dass der Bildungsauftrag der Schule "auf den im Grundgesetz verankerten Menschenrechten, den sie begründenden christlichen und humanistischen Wertvorstellungen und auf den Ideen der demokratischen, sozialen und liberalen Freiheitsbewegungen" basiert. Es ist damit die Aufgabe von Schule, "die Bereitschaft zur Empathie und die Fähigkeit [...], das eigene Weltbild in Frage zu stellen und Unsicherheiten selbstvertrauend auszuhalten" zu fördern.



Politische Bildung an Schule muss also überparteilich sein und selbstverständlich die Kontroversität gesellschaftlicher Debatten aufzeigen, um Schüler:innen und junge Menschen zu befähigen, sich eine eigene Meinung zu bilden. Sie ist aber niemals wertneutral. Demnach müssen menschenverachtende und demokratiefeindliche Meinungen auch klar als solche benannt werden. Sie stehen nicht gleichberechtigt neben anderen Meinungen. Somit ist es auch Aufgabe von Lehrkräften und Bildner:innen, sich klar für eine gerechte und vielfältige Gesellschaft zu positionieren. Eine Grenze des Kontroversitätsgebots verläuft "entlang der grundlegenden demokratischen Werte" (Vgl. Pohl 2015).

Hieran schließt sich die Frage nach der Vorbildfunktion von pädagogischen Fachkräften an. Der Beutelsbacher Konsens schreibt keine Neutralität vor und verbietet es Lehrkräften und Bildner:innen nicht, eigene Meinungen zu vertreten, solange sie diese Lernenden nicht aufdrängen. Folglich können Bildner:innen durch das Vortragen persönlicher Positionen und deren Einordnung in den gesellschaftlichen Kontext das Kontroversitätsgebot fördern und junge Menschen zum demokratischen Denken und Handeln motivieren – beides Aufgaben schulischer politischer Bildung. Bei der Handhabung in der Praxis gilt es hierbei allerdings zu reflektieren, dass pädagogische Fachkräfte schon per se – durch ihre Stellung – eine Vorbildfunktion für junge Menschen übernehmen und diese dadurch auch unbewusst beeinflussen können.

Bildung ist ohne Beziehungen nicht denkbar, folglich ist auch komplette Neutralität nicht möglich. Interaktionen sind immer auch durch subjektive Sichtweisen mitbestimmt. Auch findet sich eine weitere Grenze des Kontroversitätsgebotes in der notwendigen didaktischen Reduktion. Ein Thema kann in der Praxis nie

in all seinen Facetten bearbeitet werden und Bildner:innen treffen eine begründete Auswahl: Ist es bspw. sinnvoller jene Positionen zu beleuchten, die in der Öffentlichkeit zentral sind oder Randmeinungen, die selten Gehör finden? (Vgl. Pohl 2015).

Spannungsfelder

Die sich ergebenden Herausforderungen können nicht pauschal aufgelöst werden, sondern sind einzelfallbezogen zu betrachten und machen den Beutelsbacher Konsens aus. Die Auslegung des Beutelsbacher Konsenses und seines Kontroversitätsgebotes sind auch für außerschulische Bildungsträger:innen nochmals anders zu bewerten als für Schulen. So soll die Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteur:innen die Vielfalt in der Gesellschaft abbilden, weshalb die einzelnen Angebote auch der jeweiligen "Tradition" (bspw. gewerkschaftlich, kirchlich, parteipolitisch) nahe stehen können (Vgl. Pohl 2015). Im Zusammenwirken von außerschulischen und schulischen Lernorten ist dieses Spannungsverhältnis daher zu reflektieren und sichtbar zu machen. Bei der Diskussion um Kontroversität und politische Bildung an Schule tauchen somit schnell auch grundlegende Fragen rund um Kooperationen auf (→ Kapitel "Kooperationen von Schule und Zivilgesellschaft – eine Annäherung").

Beutelsbacher Konsens

Der Beutelsbacher Konsens beschreibt als Minimalkonsens geltende didaktische Leitgedanken formaler politischer Bildung. Diese sind in den 1970er Jahren als Ergebnis einer Tagung der Baden-Württembergischen Landeszentrale festgehalten, die zum Ziel hatte, die widerstreitenden Diskurse um legitime Inhalte der politischen Bildung zu befrieden.

1. Überwältigungsverbot

Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der "Gewinnung eines selbständigen Urteils" zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der - rundum akzeptierten - Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungs-

veranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.

Bei der Konstatierung dieses zweiten Grundprinzips wird deutlich, warum der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung verhältnismäßig uninteressant werden. Um ein bereits genanntes Beispiel erneut aufzugreifen: Sein Demokratieverständnis stellt kein Problem dar, denn auch dem entgegen stehende andere Ansichten kommen ja zum Zuge.

 Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren,

sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. Der in diesem Zusammenhang gelegentlich – etwa gegen Herman Giesecke und Rolf Schmiederer – erhobene Vorwurf einer "Rückkehr zur Formalität", um die eigenen Inhalte nicht korrigieren zu müssen, trifft insofern nicht, als es hier nicht um die Suche nach einem Maximal-, sondern nach einem Minimal-konsens geht."

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Beutelsbacher Konsens. https://www.bpb.de/die-bpb/51310/ beutelsbacher-konsens (Zugriff am 01.02.2022)

Quellen und weiterführende Literatur

Netzwerk-Treffen am 28.05.2019 : "Politische Bildung an der Schnittstelle Schule: Kontrovers, unabhängig, aber nicht wertneutral" mit Prof. Dr. Andreas Lutter, Professur für Wirtschaft/Politik und ihre Didaktik an der CAU Kiel und Dr. Christian Meyer-Heidemann, Landesbeauftragter für politische Bildung SH

Freie und Hansestadt Hamburg (Hrsg.) (2020): Positioniert euch! Was politische Bildung darf. Eine Handreichung für Schule und Unterricht. https://li.hamburg.de/contentblob/14274214/f3bed6306b53d63617cfaa2f9ccec27d/data/positioniert-euch.pdf (Zugriff am 01.02.2022)

Pohl, Kerstin (2015): Kontroversität: Wie weit geht das Kontroversitätsgebot für die politische Bildung? https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politischebildung/193225/kontroversitaet (Zugriff am 01.02.2022)

Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz (Schulgesetz - SchulG). Vom 24. Januar 2007. https://www.gesetzerechtsprechung.sh.juris.de/jportal/?quell e=jlink&query=SchulG+SH&psml=bsshop rod.psml&max=true&aiz=true (Zugriff am 01.02.2022)

Zeit Online (2018): Neutrale Schule:
Weitere AfD-Landesverbände planen
Meldeplattform gegen Lehrer.
https://www.zeit.de/gesellschaft/
schule/2018-10/neutrale-schule-lehrerafd-online-meldeplattform?utm_
referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.
com%2F (Zugriff am 10.02.2022)

Thema Diversität: Wir, unsere Zielgruppen und unsere Angebote

Wir leben in einer pluralen Gesellschaft. So ist auch die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen sehr heterogen – mit vielen unterschiedlichen Hintergründen, Kompetenzen und Bedürfnissen.

Politische Bildung und Diversität sind untrennbar miteinander verbunden. Vielfalt gerecht zu werden bedeutet dabei einerseits, Individuen gute Bildung zu ermöglichen und andererseits, gemeinsam Modelle des Zusammenlebens zu entwickeln, wie sie für eine vielfältige, demokratische Gesellschaft nötig sind. Ziel sind gleichberechtigte Teilhabe, Mitsprache und Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Diversitätsorientierung als Querschnittsthema

Diese Vielfalt muss sich auch in Bildungseinrichtungen, in Angeboten und Inhalten wiederfinden. Diversitätsorientierung muss dementsprechend ein durchgängiges Querschnittsthema sein. Der 16. Kinder- und Jugendbericht hebt hervor, dass das Recht junger Menschen auf politische Bildung verbindlicher eingelöst und stärker verankert werden soll. Diversitätsorientierung ist hierbei eine wichtige Voraussetzung, um möglichst viele Menschen in demokratische Diskussionen, Debatten und Überlegungen einzubeziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedürfen Bildungsangebote einer kritischen Überprüfung, ob alle Teilnehmer:innen wahrgenommen und angesprochen werden, welche Bedarfe es gibt und wie sich Themen umsetzen lassen. Die Methoden, Formate und Formen der Ansprache, aber auch die Inhalte und die Haltung der Bildner:innen entscheiden über die Möglichkeiten der Teilhabe und Erreichung verschiedener Zielgruppen. Qualitätsanspruch ist auch, möglichst vielen Perspektiven Raum zu geben und Vielfalt aufzuzeigen.



Die für eine vielfältige Gesellschaft notwendige Pluralität in der politischen Bildung wird auch durch die unterschiedlichen Bildungsträger:innen mit ihren jeweiligen Positionen umgesetzt. Diversitätsorientierung bedeutet gleichzeitig eine Sensibilisierung für Diskriminierung und ein Bewusstsein für Vorurteile. Es braucht Räume für diese Sensibilisierung der Mehrheitsgesellschaft und gleichzeitig für das Empowerment derjenigen, die von Diskriminierung betroffen sind. Es geht explizit auch darum, die Perspektiven von Betroffenen in Bildungsformate einzubeziehen.

Spannungsfelder

Mit Blick auf die Organisationen (Schule/außerschulische Bildungsträger:innen) wird deutlich, dass die gesellschaftliche Vielfalt dort zumeist nicht personell und strukturell repräsentiert wird. Das wirft die Frage auf, wie verschiedene, nicht vor Ort vertretene oder wahrgenommene Positionen und Perspektiven sichtbar gemacht werden können. Die Frage "Wer macht Angebote für wen?" weist darauf hin, dass zumeist einseitig definiert oder angenommen wird, was bestimmte Zielgruppen brauchen, wie sie erreicht werden und wo Barrieren liegen. Dies verweist auf ein Spannungsfeld zwischen dem Anspruch, einerseits allen gerecht zu werden durch ein inklusives Angebot und andererseits durch zielgruppenspezifische Angebote, die möglicherweise mit Kategorisierung und Bevormundung einhergehen. Partizipation und Empowerment bieten Wege aus diesem Dilemma.

Gesellschaftliche Vielfalt

Vortrag zu Vielfalt und Diversität vom Projekt "Vielfalt entfalten, Gemeinsam für starke Schulen" beim Netzwerktreffen am 02.12.2020. Das Projekt der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, gefördert von der Mercator Stiftung, unterstützt dabei durch Begriffsklärung und Grundgedanken: Gesellschaftliche Vielfalt umfasst Merkmale wie Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft, Migrationsgeschichte, Religion, Weltanschauung, sozioökonomischen Status, sexuelle Orientierung sowie körperliche oder geistige Beeinträchtigung. Im schulischen Kontext zählen darunter z. B. auch Unterschiede in Bezug auf individuelle Wissensstände, Lernvoraussetzungen und Interessen der Schüler:innen. Diversität setzt sich neben der Anerkennung dieser Vielfalt auch kritisch mit Normalitätsvorstellungen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen auseinander. Ziel ist es, gesellschaftliche Vielfalt als Normalität anzuerkennen, Teilhabe- und Chancengerechtigkeit zu fördern sowie Rassismus und Diskriminierung abzubauen.

Diskriminierung setzt zunächst ein Machtverhältnis voraus: Eine gesellschaftlich privilegierte Gruppe verfügt über Definitionsund Deutungsmacht, mit der sie die individuelle Zugehörigkeit von Personen zu ihrer eigenen oder einer anderen Gruppe bestimmen kann. Einer marginalisierten Gruppe werden pauschal meist negative Merkmale und Eigenschaften zugeschrieben, die eine Ungleichbehandlung begründen bzw. rechtfertigen (sollen). Dies geht häufig einher mit einer Vorstellung von "Wir" als Norm und "die Anderen" als Abweichung von dieser Norm (Othering). Diskriminierung zeigt

sich z.B. in einem beschränkten Zugang zu Ressourcen, zu gesellschaftlicher Anerkennung und Teilhabe oder in Würdeverletzungen. Die drei Ebenen von Diskriminierung (individuell, institutionell und gesellschaftlich) existieren nicht unabhängig voneinander. Sie beeinflussen sich gegenseitig. Diversitätssensible und diskriminierungskritische Pädagogik setzt auf die Wahrnehmung und Wertschätzung von Vielfalt, die Reflexion eigener Werte, eine antidiskriminierende Haltung und die Förderung von Teilhabe und individuellen Lerngelegenheiten für alle Schüler:innen. Sie ist nicht als einmalige Intervention zu verstehen, sondern als Querschnittsaufgabe in allen (schulischen und außerschulischen) Bildungs- und Erziehungsbereichen. Es ist unser Anliegen, Bewusstsein für Diversität und Diskriminierung im Schulalltag zu schärfen und damit zu unterstützen, Unterricht vorurteilsbewusster und chancengerechter zu gestalten.

Das Projekt "Vielfalt entfalten" möchte bei der Etablierung einer diversitätssensiblen und diskriminierungskritischen Schulent-wicklung unterstützen: Die Angebote richten sich sowohl an Schulen als auch an die Bildungsverwaltung und die Institutionen der Lehrkräftebildung.

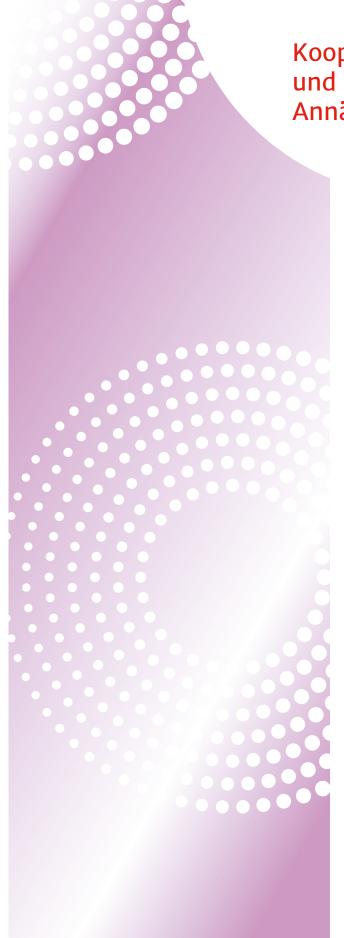
Quelle: Vortrag am 02.12.2020, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH, Schleswig-Holstein (DKJS): "Vielfalt entfalten- Gemeinsam für starke Schulen", internes Dokument

Quellen

Besand, Anja/Jugel, David (2015 a): Inklusion und politische Bildung-gemeinsam denken! In: Christoph Dönges/Wolfram Hilpert/Bettina Zurstrassen (Hrsg.): Didaktik der inklusiven Politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 45-49.

Besand,Anja/Jugel, David (2015 b): Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierter Differenzlinien, In: Christoph Dönges/Wolfram Hilpert/Bettina Zurstrassen (Hrsg.): Didaktik der inklusiven Politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 45-49.





Kooperationen von Schule und Zivilgesellschaft – eine Annäherung

> Das Kooperationsverhältnis von Schule und Zivilgesellschaft im Kontext von politischer Bildung ist aus der Perspektive von außerschulischen Akteur:innen insbesondere von drei zentralen Fragen bestimmt:

- Wie kann Demokratie im Kontext von Schule gelernt und gefestigt werden?
- Welches Selbstbild und welche Aufgaben haben außerschulische Akteur:innen in diesem Rahmen?
- Wie können in beiden Bereichen Synergien entstehen?

Außerschulische Akteur:innen verbinden mit ihren Bildungsangeboten durchgängig eigene Qualitätsanforderungen und konzeptionell-inhaltliche Vorstellungen, die für den üblichen schulischen Unterricht häufig eine Herausforderung darstellen. Die praktischen Erfahrungen zeigen, dass Demokratieförderung an der Schnittstelle von Schule und außerschulischen Akteur:innen in einem komplexen Bedingungsgeflecht stattfindet.

Die Unterschiede zeigen sich in Prinzipien und Verständnissen von Bildung, Steuerungsfähig-keit und methodischen Konzepten, Handlungs-abläufen und Verantwortlichkeiten. Während politische Bildung im Rahmen des schulischen Bildungsauftrages durch Pflichtunterricht in eigenständig ausgewiesenen Fächern auf der Grundlage legitimierter, weltanschaulich neutraler Lehrpläne stattfindet, ist außerschulische politische Bildung von Pluralität der Träger:innen, von Freiwilligkeit und non-formaler Struktur gekennzeichnet.

Notwendige Rahmenbedingungen und Qualitätskriterien für außerschulische Angebote in Kooperation mit Schulen sind unter anderem:

- Subjektbezogene Bildungskonzepte, die auf Kontinuität und Nachhaltigkeit zielen, konkrete Lebensweltbezüge herstellen und Prozessorientierung und Zieloffenheit absichern
- Umfassende passgenaue Ansprache und Einbeziehung der unterschiedlichen Zielgruppen und Vermeidung von Stigmatisierungen
- Vielfältige bewertungsfreie (mehrtägige)
 Räume und Möglichkeiten zur Partizipation,
 zur Erprobung eigener Kompetenzen und
 zum Gewinn individueller Erfahrungen

Spannungsfelder

Diese Anforderungen an Rahmenbedingungen und Qualität stellen gerade im Kontext von schulischer Bildung besondere Herausforderungen dar. Grundlage für gutes Gelingen sind eine enge Verzahnung mit den zuständigen Lehrkräften oder dem Fachunterricht, ein wechselseitiges Verständnis von Bildung und Bildungsauftrag und eine Verankerung der Inhalte auch über die Kooperation hinaus. Umso wichtiger ist es, dass alle Beteiligten ihre Ziele und Rahmenbedingungen klar benennen, um Räume für kollegiale Zusammenarbeit auf Augenhöhe und die weitere Entwicklung der Grundlagen für Kooperationsprojekte zu schaffen. Eine nachhaltige finanzielle Grundausstattung der Träger:innen und der Bildungsprojekte ist für zielführende Kooperationen eine essentielle Grundlage.

Schulische und außerschulische Pädagogik

In der Praxis der Kooperationen zeigen sich die Unterschiede von Schule und außerschulischen Angeboten auch in den jeweiligen pädagogischen Anforderungen:

Schulische Pädagogik	Außerschulische Pädagogik
• Zielgerichtet (Fächer, Curricula)	• Intentional und situativ
Output steht im Vorfeld fest und wird bewertet	 Parteinahme für Jugendliche und Auf- greifen jugendlicher Perspektiven
 Zuweisung von gesellschaftlichen Funktionen 	• Freiwilligkeit
Selektionsfunktion	• Ergebnisoffener Prozess

Quellen und weiterführende Literatur

Netzwerktreffen am 04.12.2019: Becker, Helle (2019): Vortrag "Politische Bildung: Kritisch oder konform?", internes Dokument

Transferstelle politische Bildung (Hrsg.)
(2018): Gemeinsam stärker!? Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule. Jahresthema 2017 der Transferstelle politische Bildung. Essen: Transferstelle für politische Bildung. https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Transferstelle_Jahresbroschueren_PDF/Jahresbroschuere-2017-TpB-Kooperationen-web.pdf (Zugriff: 20.06.2022)



Strukturelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

> Die politische Bildung in Deutschland hat eine normative Grundlage und ist der freiheitlichdemokratischen Grundordnung sowie den Menschenrechten verpflichtet. Ihre konkrete Gestalt ist dabei unter anderem geprägt durch aktuelle Herausforderungen, Förderpraktiken und gesellschaftliche Entwicklungen/Rahmenbedingungen.

Unsere Gesellschaft sieht sich aktuell verschiedenen Herausforderungen gegenüber:

- Ambivalenzen der Globalisierung
- Klimawandel und Umweltzerstörung
- Bewältigung der Pandemie
- Flucht und Migration
- Ambivalenzen der Digitalisierung
- Folgen des demografischen Wandels
- Aufrüstung und Krieg(sgefahr)
- Krisen und Herausforderungen der Demo-
- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (Vgl. BMFSFJ 2020: 85ff.)

Herausforderungen durch die Corona-Krise

Die Corona-Pandemie stellt auch die politische Bildung vor neue, gravierende Herausforderungen, die mit Blick auf die inhaltliche Fokussierung, die Zielgruppenidentifikation und -ansprache und die methodischen Zugangs- und Arbeitsformen das gesamte Spektrum politischer Bildungsarbeit betreffen.

Die Pandemie ist nicht nur eine gesundheitspolitische Herausforderung; sie hat bestehende Krisen und soziale Ungleichheiten verschärft, den gesellschaftspolitischen Diskurs radikalisiert und die Angriffe auf demokratische Werte und Verfahren intensiviert. Die Erfindung von "Wahrheiten", die zunehmende Bedeutung von







In der konkreten Praxis erforderte die Pandemie, dass zahlreiche Präsenzveranstaltungen abgesagt und Projekte in digitale Formate übersetzt werden mussten. Dabei gab und gibt es einen erheblichen Bedarf an technischer Ausrüstung und an Fortbildung in Medienkompetenz, insbesondere in Bezug auf die Konzeption, Entwicklung und Realisierung von digitalen Bildungsangeboten. Das gilt sowohl in den Schulen als auch bei den außerschulischen Anbieter:innen. Die Erreichbarkeit der jeweiligen Zielgruppen ist schwieriger geworden, ungleiche Ressourcen und Zugänge haben bestehende Bildungsunterschiede weiter verschärft.

Sozio-strukturelle Rahmenbedingungen

Gesellschaftliche Verhältnisse bestimmen die Lebensbedingungen der Menschen. Die Chancen auf Teilhabe sind in unserer Gesellschaft ungleich verteilt. Berufliche Ein- und Aufstiege und gesellschaftliche Integration hängen in Deutschland nach wie vor stark von finanziellen Ressourcen, dem Elternhaus und der Betroffenheit von Diskriminierung ab. Die Frage, ob Eltern ihre Kinder finanziell oder strukturell auf ihrem Bildungsweg unterstützen können, entscheidet, welche Chancen sie in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt oder in der Gesellschaft haben. Zudem erschweren Diskriminierungserfahrungen den Bildungsweg vieler Jugendlicher (vgl. u. a. Transferstelle politische Bildung, 2019; Bödecker, 2012; Verstärker- Netzwerk aktivierende Bildungsarbeit, 2014; Archour, Wagner, 2019).

Rahmenbedingungen durch Förderpolitik

Der 16. Kinder- und Jugendbericht wendet sich gegen eine Verkürzung des Auftrags der politischen Bildung auf Extremismusprävention. Denn darin bestehe die Gefahr, dass zentrale Prinzipien politischer Bildung aufgegeben werden: vor allem, ergebnisoffene Angebote für alle jungen Menschen zu machen, die an ihren Ressourcen und nicht an ihren Defiziten ansetzen. Vielmehr wird die Orientierung junger Menschen an demokratischen Werten und die Entwicklung kritischer Urteilskraft zum vornehmsten Ziel erklärt. Politische Bildung wird allerdings über verschiedene Fördertöpfe finanziert, teilweise mit sehr unterschiedlichen Verständnissen von politischer Bildung (→ Infokasten Interview Klaus Waldmann, Dipl. Päd., leitender Redakteur des Journals für politische Bildung).

Aus den vorangegangenen Ausführungen lassen sich aus unserer Sicht verschiedene Spannungsfelder ausmachen, in denen sich Angebote der politischen Jugendbildung aktuell bewegen:

 Der zugrundeliegende Anspruch ist, jungen Menschen Orientierung zu geben und Fähigkeiten zu vermitteln, sich in einer komplexen, durch Krisen geprägten und sich wandelnden Welt zurechtzufinden und diese mitzugestalten. Die Herausforderung in der Praxis liegt dabei darin, aktuelle Themen aufzugreifen, in ihrer Komplexität darzustellen und Ressourcen aufzubringen, um entsprechende Konzepte zu entwickeln. Dabei ist es wichtig, das Erkennen eigener Handlungsoptionen sicherzustellen, um einer Ohnmachtserfahrung entgegenzuwirken.

- Ein Ziel ist es, junge Menschen zum kritischen Denken zu befähigen sowie sie in die Lage zu versetzen, sich für die eigenen Interessen einzusetzen. Das schließt ein, gesellschaftliche Ungerechtigkeiten, Benachteiligung und Diskriminierung offen zu benennen. Zeitgleich gilt es, der in der 18. Shell Jugendstudie angeführten Distanz von Jugendlichen gegenüber den Institutionen der repräsentativen Demokratie (vgl. S.19) entgegenzuwirken.
- Eine Herausforderung ist, auf der einen Seite die Grundlage für Vielfalt und Meinungsfreiheit zu schaffen, auf der anderen Seite aber auch zu diskutieren, wo Meinungsfreiheit ihre Grenzen findet.
- Häufig stehen dem Anspruch, alle Zielgruppen mit qualitativen und nachhaltigen Angeboten zu erreichen, begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen gegenüber.

Trotz der aufgezeigten Spannungsfelder zeigt sich in der Praxis bereits eine Vielzahl an tragfähigen Strukturen und Kooperationen, die es perspektivisch auszubauen gilt.



Interview: Politische Bildung vs. Extremismuspräventive Demokratieförderung – zwischen Gestaltung und Gefahrenabwehr

Ein spürbarer Einfluss von Förderstrukturen auf die politische Bildung lässt sich in den Befristungen der meisten Programme ausmachen. Der Fokus auf zeitlich begrenzte und auf Innovation setzende Förderlogiken birgt, ohne die Notwendigkeit von innovativen Ansätzen infrage zu stellen, die Gefahr, dass gut etablierte und erprobte Strukturen, Ansätze und Wissen wegbrechen, keine Nachhaltigkeit sichergestellt wird und Bildner:innen in prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind. Dies führt nicht selten zu Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu finden und langfristig zu binden. Als Folge ist eine hohe Personalfluktuation verbunden mit einem Erfahrungs- und Wissensverlust zu erkennen, was im Hinblick auf die hohen Anforderungen und gestiegene Notwendigkeit von politischer Bildung als Herausforderung benannt werden muss.

Zu den Einflüssen von Förderstrukturen auf politische Bildung haben Anna Tötter und Medi Kuhlemann ein Gespräch mit Klaus Waldmann, Dipl. Päd., leitender Redakteur des Journals für politische Bildung und ehemaliger Vorsitzender des Bundesausschusses für politische Bildung (bap), geführt.

Klaus Waldmann macht idealtypisch zwei Handlungsfelder in außerschulischen politischen Jugendbildung aus:

Politische Bildung legt den Schwerpunkt auf die Vermittlung von Grundlagen der Demokratie und demokratischen Verhaltens und Kompetenzen demokratischer Teilhabe, den Diskurs um demokratische Werte sowie die Erprobung von Beteiligungs- und Handlungsmöglichkeiten.

Extremismuspräventive Demokratieförde-

rung orientiert sich primär an der Grundannahme einer Gefährdung der Demokratie
und möchte präventiv wirken, damit Menschen nicht in den Extremismus abgleiten.
Demokratie soll verteidigt werden. Mit Blick
auf die Förderpolitik zeige sich, dass aktuell
hohe Summen für Extremismusprävention
zur Verfügung stünden, während die Mittel
im Bereich der politischen Bildung vergleichsweise geringe Aufwüchse in den vergangenen Jahren verzeichnen.

Klaus Waldmann hält fest: Die aktuelle Debatte müsse über die Konfrontation der idealtypisch skizzierten Handlungsfelder hinausgehen. Aus der aktuellen Fördersituation ergeben sich Konkurrenzen und Doppelstrukturen in der Praxis. Zugleich mangele es an Austausch und Kooperation zwischen den Praxisfeldern der politischen Bildung und der extremismuspräventiven Demokratieförderung, was für eine Demokratie, die unter Druck stehe, problematisch sei. Akteur:innen der Praxisfelder sollten ein gemeinsames Grundverständnis erörtern, Inhalte und Positionen klären und sicherstellen, dass über vielfältige Ansätze Angebote für alle gemacht werden. Man müsse das im 16. Kinder- und Jugendbericht deutlich geforderte Bekenntnis der politisch Verantwortlichen zu einer an Demokratie und Menschenrechten orientierten politischen Bildung für die gemeinsame Sache nutzen.

Quelle: Waldmann, Klaus (2021): Interview "Demokratiepädagogik zwischen Gestaltung und Gefahrenabwehr" am 22.09.2021, internes Dokument.

Quellen und weiterführende Literatur

Transferstelle politische Bildung (2018): "Wir brauchen eine Kartografie der Akteure in der politischen Jugendbildung". Interview mit Andreas Thimmel. In: Transferstelle politische Bildung (Hrsg.) (2018): Gemeinsam stärker!? Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule. Jahresthema 2017 der Transferstelle politische Bildung. S. 65–67

Bundesverband Mobile Beratung (Hrsg.) (2019):
Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung
und Politische Bildung mehr sein müssen als
Rechtsextremismusprävention, https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2019/09/Auf-zu-neuen-Ufern_web.pdf (Zugriff am 12.04.2022)

Albert, Mathias; Hurrelmann, Klaus; Quenzel, Gudrun (2019): SHELL Jugendstudie. Jugend 2019. Eine Generation meldet sich. https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study/_jcr_content/root/main/containersection-o/simple/simple/call_to_action/links/itemo.stream/1642665739154/4aoo2dff58a7a954ocb9e83eeoa37aoed8aofd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf (Zugriff am 12.04.2022)

Transferstelle politische Bildung (Hrsg.)
(2018): Gemeinsam stärker!? Kooperationen
zwischen außerschulischer politischer
Bildung und Schule. Jahresthema 2017
der Transferstelle politische Bildung.
https://transfer-politische-bildung.de/
fileadmin/user_upload/Transferstelle_
Jahresbroschueren_PDF/Jahresbroschuere2017-TpB-Kooperationen-web.pdf (Zugriff
am 12.04.2022)

Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. Hrsg. Otto Brenner Stiftung, Frankfurt/Main, https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/APO1_SozialeUngleichheit_Boedeker_2012_02_07.pdf (Zugriff am 14.02.2022)

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2020):
16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung
demokratischer Bildung im Kindes- und
Jugendalter. Berlin. https://www.bmfsfj.
de/resource/blob/162232/27ac76c3f5c
a10b0e914700ee54060b2/16-kinderundjugendbericht-bundestagsdrucksachedata.pdf (Zugriff am 14.02.2022)

Verstärker – Netzwerk aktivierende
Bildungsarbeit (Hrsg.) (2014): Wie politische
Bildungsarbeit mit bildungsbenachteiligten
Jugendlichen gelingen kann. Eine
Zwischenbilanz. Bonn. https://www.bpb.
de/veranstaltungen/netzwerke/verstaerker/
(Zugriff am 25.05.2022)

Achour, Sabine/Wagner, Susanne (2019):
Wer hat, dem wird gegeben: Politische
Bildung an Schulen: Bestandsaufnahme,
Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen.
Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung.
Berlin http://library.fes.de/pdf-files/
studienfoerderung/15611.pdf (Zugriff am
25.05.2022)

Bundeszentrale für politische Bildung (2021):
Politische Bildung und Primärprävention
Fachdebatte. https://www.bpb.de/themen/
infodienst/325195/politische-bildung-undprimaerpraevention/#node-content-title-3
(Zugriff am 25.05.2022)

Schlussbemerkung

Abschließend möchten wir noch einmal deutlich machen, dass es unser Anliegen ist, die in den einzelnen Kapiteln benannten Diskurse zu intensivieren, zu verbreitern und weiter zu treiben. Die Erfahrungen und Weltsichten der Akteur:innen unserer Konferenzen und auch die Beiträge der Referent:innen, die wir in dieser Broschüre fokussiert und dokumentiert haben, leisten dazu bereits einen wichtigen Beitrag.

Aus unserer Perspektive ist es wünschenswert und erforderlich, Herausforderungen und Qualitätsansprüche in der politischen Bildungsarbeit zum Gegenstand von Diskussionen, Austausch und Verständigung zu machen. Dies gilt sowohl für die Kooperation mit Erziehungs- und Bildungseinrichtungen als auch für die Zusammenarbeit der Akteur:innen in der politischen Bildungsarbeit untereinander und nicht zuletzt für den Transfer von Praxis-Expertise zu Fördermittelgeber:innen. Anknüpfungspunkte sehen wir auch im Koalitionsvertrag und im Landesaktionsplan gegen Rassismus.

Und natürlich wollen wir auch weiterhin mit Schüler:innen im Gespräch bleiben; ihre Wünsche, Ziele und Erfahrungen in die konkrete Gestaltung von partizipativen Angeboten der politischen Bildung mit einbeziehen. Unsere Diskurs-Impulse sind auch eine ausdrückliche Einladung zum Diskurs mit jungen Menschen.

Für all dieses braucht es Initiative, Zeit und Raum.

Ausgesuchte Themenfelder zum Anknüpfen

- Grundverständnisse: Welche Verständnisse von politischer Bildung und Demokratiebildung teilen wir?
- Kooperation: Was macht eine gelingende Kooperation zwischen unterschiedlichen Bildungsakteur:innen aus? Wie können unterschiedliche Perspektiven und Selbstverständnisse von Bildung gewinnbringend verbunden werden?
- Haltung in der politischen Bildungsarbeit: Wie gelingt es, kritisches Denken und Hinterfragen mit Toleranz und demokratischen Werten zu verbinden?
- Demokratisches und politisches Lernen: Wo gibt es Räume und wie können sie gemeinsam genutzt werden?
- Diversitätsorientierung: Wie können wir alle erreichen? Wie können vielfältige Perspektiven Raum bekommen und sichtbar werden?
- Gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Welche Maßnahmen braucht es, um gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen und die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten und struktureller Nachteile sicherzustellen?
- Aktualität: Welche Auswirkungen haben gesellschaftliche Veränderungen und Herausforderungen in Bezug auf inhaltliche Arbeitsfelder, das pädagogische Handeln und die professionelle Haltung von Akteur:innen der politischen Bildung?

Wir freuen uns, wenn wir auf der Grundlage dieser Broschüre mit Akteur:innen aus Schule, Politik und Wissenschaft ins Gespräch kommen und Anstöße für Diskussionen geben können!

Anhang

Auflistung der Netzwerk-Veranstaltungen 2019-2021

- "Politische Bildung an der Schnittstelle Schule: Kontrovers, unabhängig, aber nicht wertneutral" am 28.05.2019 mit Prof. Dr. Andreas Lutter, Professur für Wirtschaft/Politik und ihre Didaktik an der CAU Kiel und Dr. Christian Meyer-Heidemann, Landesbeauftragter für politische Bildung SH
- "Politische Bildung: Kritisch oder konform?" am 04.12.2019 mit Dr. Helle Becker, Transferstelle politische Bildung.
- "Leitbilder und unser Verständnis politischer Bildung" am 11.05.2020
- "Diversität: Wir, unsere Zielgruppe und unsere Angebote" am 02.12.2020 mit Anna Dietrich (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung in Schleswig-Holstein)
- "Demokratiepädagogik zwischen Gestaltung und Gefahrenabwehr" Interview mit Klaus Waldmann am 22.09.2021

Perspektiven der Träger:innen



Aktion Kinder- und Jugendschutz Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V.

Die Aktion Kinder- und Jugendschutz Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e. V. (AKJS) arbeitet als freier Träger der Jugendhilfe zu aktuellen Themen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes. Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz möchte junge Menschen dazu befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie dabei unterstützen, Kritik- und Entscheidungsfähigkeit sowie Verantwortlichkeit gegenüber sich selbst und ande-

ren zu entwickeln. Bei der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu mündigen Bürger:innen leistet auch Demokratiepädagogik ihren Beitrag, indem sie unter anderem demokratische Erfahrungen und demokratisches Handeln in der Alltagswelt sowie Fragen um die Gestaltung des Miteinanders in Gemeinschaften ermöglicht und befördert.

Demokratiepädagogik wirkt durch die Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Rassismus auch als Präventionsansatz gegen antidemokratische Haltungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit. Ein weiterer Aspekt: Die Verhältnisprävention fokussiert auf die sozialen und strukturellen Rahmenbedingungen des Aufwachsens und um die Schaffung günstiger Rahmen- und Umweltbedingungen, die Kinder und Jugendliche stärken.

Die AKJS arbeitet in Kooperationen mit Landesinstitutionen, kommunalen Einrichtungen sowie freien Trägern. Ziel unserer Angebote ist es, Fachkenntnisse zu vermitteln und pädagogische Handlungskompetenzen zu erweitern. Sie bietet Fortbildungen, Fachtagungen, Projekte und Beratung zum präventiven Kinder- und Jugendschutz an.

Für die Umsetzung der Aufgaben im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz wird die AKJS institutionell gefördert aus dem Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung.

Die Fachstelle für Demokratiepädagogik in der Trägerschaft der AKJS erhält über das Landesdemokratiezentrum Mittel aus dem Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung des Landes Schleswig-Holstein.

Kontakt

Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e. V. Flämische Straße 6-10 | 24103 Kiel Tel. 0431 2606878 E-mail info@akjs-sh.de Web www.akjs-sh.de



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Arbeit und Leben Schleswig-Holstein e. V.

Arbeit und Leben Schleswig-Holstein ist ein gemeinnütziger Verein der politischen und sozialen Bildung und Beratung in Trägerschaft des Landesverbandes der Volkshochulen Schleswig-Holstein e. V. und dem DGB Bezirk Nord. Mit politischer Jugendbildung leistet Arbeit und Leben einen Beitrag zur Weiterentwicklung einer politischen Kultur, die auf gesellschaftlichen Werten und Handlungsmaximen wie Solidarität, Gemeinsinn, Emanzipation und Beteiligung beruht. Politische Bildung unterstützt Jugendliche dabei, ihren eigenen gesellschaftlichen Standort zu erkennen und ihn zu reflektieren, um auf dieser Basis am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben zu können. Diese Arbeit motiviert auch dazu, dass sich Jugendliche auf die politischen und gesellschaftlichen Organisationen einlassen und sie mitgestalten. Die Angebote von Arbeit und Leben stehen allen Interessierten offen. Schwerpunktmäßig werden Berufsschüler:innen und Zielgruppen angesprochen, die in der Weiterbildung unterrepräsentiert sind. Die Tätigkeit von Arbeit und Leben Schleswig-Holstein e.V. wird über verschiedene Fördertöpfe und Ministerien finanziert.

Kontakt

Arbeit und Leben Schleswig-Holstein e. V. Legienstraße 22 | 24103 Kiel Tel. 0431 5195 169 E-Mail office@sh.arbeitundleben.de Web www.arbeitundleben-sh.de



Zukunft Bildung Schleswig-Holstein e.V. (ZBSH)

Der Verein "Zukunft Bildung Schleswig-Holstein" (ZBSH) wurde im Oktober 2013 als Nachfolgeorganisation der Landesarbeitsgemeinschaft BNE in Schleswig-Holstein gegründet. Er ist ein Zusammenschluss von Personen und Organisationen, die sich in Schleswig-Holstein für eine Nachhaltige Entwicklung einsetzen. Ihm gehören u. a. die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung SH/HH (ANU), das Bündnis Eine Welt SH (BEI), die Heinrich-Böll-Stiftung SH, Brot für die Welt SH, die Partner der Zukunftsschule.SH. und die Büchereizentrale SH an.

Zukunftsfähigkeit und Nachhaltige Entwicklung sind Fokus und Leitlinie für den verantwortungsvollen und demokratisch gestaltenden Umgang mit den zentralen globalen Herausforderungen unserer Zeit. Er setzt umfassende Kenntnisse und Handlungskompetenzen voraus.

Deswegen hat sich der Verein "Zukunft Bildung Schles-wig-Holstein e. V." zum Ziel gesetzt, das Konzept "Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)" bekannt zu machen, in allen Bildungseinrichtungen in Schleswig-Holstein konzeptionell und inhaltlich stärker zu verankern und konkrete Beiträge zur Umsetzung von BNE zu leisten. Dazu gehören u. a. die Vernetzung und Qualifizierung von Akteur:innen und unsere Mitwirkung bei der Umsetzung der BNE-Landesstrategie in Schleswig-Holstein.

Kontakt

Zukunft Bildung Schleswig-Holstein e.V. Weimarer Str. 6 | 24106 Kiel Tel. 0431 3804913 E-Mail info@zukunft-bildung-sh.de Web www.zukunft-bildung-sh.de

Impressum

©AKJS Dezember 2022

Herausgeber

Aktion Kinder- und Jugendschutz (AKJS) Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V. Flämische Straße 6–10 24103 Kiel

Vereinsregister

Amtsgericht Kiel VR 3767 KI

Vorstand

Iris Janßen

Geschäftsführung

Ria Lissinna

Autor:innen

Anna Tötter Heino Schomaker Medi Kuhlemann

Grafikdesign

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Druck

flyeralarm

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein, des Landespräventionsrates und des Landesdemokratiezentrums dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor:innen die Verantwortung.



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung des Landes Schleswig-Holstein





